

# Gericht in Kürze

## Städte- und Gemeinderat

### Heft März 2010

#### Kosten für die Straßenreinigung und Grundsteuer

**Die Gemeinden sind berechtigt, die Kosten für die Straßenreinigung bei der Grundsteuer zu berücksichtigen und eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes mit dem Wegfall einer Straßenreinigungsgebühr zu verknüpfen.**

#### OVG NRW, Beschluss vom 26. November 2009

- Az.: 14 A 131/08 –

Die Klägerin wandte sich gegen eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes, die darauf beruht, dass die Gemeinde die Kosten für die Straßenreinigung nicht mehr im Weg einer Straßenreinigungsgebühr erhebt. Das VG wies die Klage ab. Der Antrag auf Zulassung der Berufung wurde abgelehnt.

In der Rechtsprechung des OVG hatte der 9. Senat mit Beschluss vom 17.07.2003 - 9 A 3207/02 - entschieden, der aus der Straßenreinigung zumindest mittelbar entstehende Vorteil rechtfertige - auch unter Gleichbehandlungsgesichtspunkten - die Erhebung einer u. a. Kosten der Straßenreinigung erfassenden Grundsteuer und damit die Belastung aller Grundstücksinhaber. Dieser Rechtsprechung hat sich der erkennende Senat mit Beschluss vom 5.11.2009 - 14 A 2816/07 - angeschlossen, sodass die Frage der Zulässigkeit einer Berücksichtigung der Kosten für die Straßenreinigung bei der Festsetzung des Hebesatzes für die Grundsteuer im Ergebnis geklärt ist.

Auch die Ausführungen im Zulassungsantrag geben keinen Anlass zu der Annahme, bei einem Wegfall von Straßenreinigungsgebühren könne die Berücksichtigung von Straßenreinigungskosten im Rahmen der Festsetzung des Grundsteuerhebesatzes unzulässig sein. Daraus, dass hier bis einschließlich 2005 die Aufwendungen für die Straßenreinigung über eine Benutzungsgebühr geltend gemacht worden sind, folgt nicht, dass nur eine Berücksichtigung in dieser Form und nicht im Rahmen der Grundsteuer zulässig wäre. Soweit sich die Klägerin darauf beruft, es liege auch weiterhin materiell eine Gegenleistung für eine besondere Leistung vor, ist dem nicht zu folgen. Bei einer Finanzierung der Straßenreinigung aus allgemeinen Steuermitteln kann sich von vornherein die Frage einer „Gegenleistung“ nicht stellen. Denn die Grundsteuer betrifft sämtliche Grundstücke, während die Benutzungsgebühr nur für die Grundstücke erhoben werden darf, denen ein mit der Straßenreinigung verbundener Sondervorteil zufließt.

Daran, dass es bei der Erhebung der Grundsteuer gerade um Geldleistungen geht, die keine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen, ändert auch die Tatsache nichts, dass der Satzungsgeber, also hier die Stadt M., die Erhöhung des Hebesatzes mit dem Wegfall der Straßenreinigungsgebühr verknüpft hat. Der Wegfall ist damit zwar Anlass gewesen, ändert jedoch nichts daran, dass nunmehr auch materiell-rechtlich keine Gebühr mehr erhoben wird, sondern eine Steuer. Damit stellt sich auch nicht die Frage, ob es, wie von der Klägerin geltend gemacht, dem in § 3 Abs. 1 StrRG NRW zum Ausdruck kommenden Äquivalenzprinzip widerspricht, dass tatsächlich ein anderer Personenkreis herangezogen wird als der, der durch die Straßenreinigung (unmittelbar) begünstigt wird. Dass über eine allgemeine Steuerfinanzierung mit der damit verbundenen Belastung aller Steuerpflichtigen ein davon abweichender und nur eingeschränkter Personenkreis letztlich auch begünstigt wird,

wie etwa im Rahmen von gezielten Förderungsmaßnahmen, entspricht durchaus dem Üblichen.

Ein maßgeblicher Verstoß der Erhöhung der Grundsteuer B gegen das Subsidiaritätsprinzip kommunaler Steuern - § 77 Abs. 2 GO NRW - lässt sich ebenfalls nicht feststellen. In der Rechtsprechung des BVerwG ist geklärt, dass der Landesgesetzgeber nicht die Kompetenz hat, die Bemessung der Hebesätze an die Ausschöpfung des Gebührenrahmens für besondere Leistungen der Gemeinden zu binden.